

Hamburg im Februar 2004

**2 ½ Jahre Senatspolitik von  
CDU, Schill und FDP:**

## **29 Monate Angriffe auf Bürgerrechte und die Pressefreiheit in Hamburg**



Eine Abmahnung der dju-Hamburg

**dju.** Deutsche  
Journalistinnen- und  
Journalisten-Union

Vereinte  
Dienstleistungsgewerkschaft  
Landesbezirk Hamburg



Editorial	Im Visier: Stadtteilkultur	18
Medienpolitik für Konzerne	Im Visier: Feminismus	19
Neues Mediengesetz	Großer Lauschangriff	20
Offener Kanal	Pressefreiheit in Gefahr	22
Hamburg Media School	Polizei im FSK	23
Studiengang Journalistik	Kontaktsperre im Knast	24
Schill und Panorama	Weit-Sicht	25
Schwarzer Filz	Standort	26
Gegen Öffentlichkeit	Impressum	27



## 2 ½ Jahre CDU, Schill und FDP: 29 Monate Angriffe auf Bürgerrechte und Pressefreiheit

### Editorial

Kaum eine Hamburger Regierung hat in so kurzer Zeit so nachhaltig politisches Porzellan zerschlagen wie die derzeit regierende. Rechtspopulistische Feindbilder zerstören den demokratischen Dialog, kapitalistisches Wunschdenken ersetzt soziale Verantwortung, jeder erstbeste Verdacht würgt Bürger- und Presserechte.

Ein Wertewechsel der politischen Kultur ist eingeleitet. Er wurde Monat für Monat schlagartig vorangetrieben. Viele dieser kleinen Schläge drohen bereits in Vergessenheit zu geraten. Dagegen wehren wir uns mit dieser Broschüre.

### Wir behaupten:

Mehr Hamburger als noch vor wenigen Jahren leben heute in Angst. In der Angst vor sozialer Ausgrenzung, einer Angst, die existenzieller ist als die vor Kriminalität und Terrorismus.

Hamburg ist aggressiver geworden. Senatsbehörden zeigen sich so repressiv und intolerant gegenüber Ausländern, Andersdenkenden, Anderslebenden und sozial Benachteiligten wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Hamburg startet Probeläufe. Die Zerschlagung des Offenen Kanals, der Große Lauschangriff wie auch die Neustrukturierung der Hamburgischen Anstalt für neue Medien finden bundesweit Beachtung und Nachahmer.

### Wir behaupten:

Hamburg ist so rückständig wie lange nicht. Der Senat denkt allein an sich und seine Klientel. Filzbesetzte Patronage in meinungsbildenden Schaltstellen war selten schlimmer.

Die Berichterstattung darüber ist schwerer geworden in Hamburg. So schwer und wirtschaftlich angreifbar wie lange nicht.

Projekte, die einer kritischen Öffentlichkeit dienen, wurden reihenweise attackiert und finanziell ausgetrocknet. Die Meinungsvielfalt in der Stadt ist gefährdet wie lange nicht.

### dju und ver.di

Für all dies trägt der Senat maßgeblich Verantwortung. Vier weitere Jahre Mitte-Rechts-Senat werden die Lage nicht verbessern.

Die folgenden Seiten enthalten eine derartige Fülle von Belegen für obige Thesen, dass es einem graust. Die Hamburger dju in ver.di, die 2.000 Journalistinnen und Journalisten vertritt, und mit ihr der ver.di-Landesvorstand fordern, dass das aufhört.

Fritz Gleiß

Sprecher des Vorstands der dju-Hamburg

# Medienpolitik

## Verlorene Potenziale

Gut 50.000 Menschen arbeiten in Hamburger Medienunternehmen. Die 2001 aufbrechende Krise des Gewerbes ist dem Senat nicht anzulasten. Gleichwohl unternahm er nichts, um die Folgen abzuwenden. Hatten Kreative und emsig arbeitende Menschen den Platzhirschen der „alten Medien“ für eine kurze Zeit das Fürchten gelehrt, so überließ der Senat sie hernach tatenlos der Arbeitslosigkeit. „Der Markt ist total eingebrochen. 5.- bis 8.000 Arbeitsplätze sind weg“, so Ole von Beust am 30.1.03 lapidar. Darunter sind weit mehr als 1.000 arbeitslose Journalisten, eine Zahl, die die dju bereits im März 2002 Wirtschaftssenator Uldall folgenlos entgegenhielt.

## Redaktionen unterm Hammer

Nicht erst seit Regierungsübernahme des Mitte-Rechts-Senats verliert die Stadt einen Titel nach dem anderen, mit ihnen Arbeitsplätze und Meinungsvielfalt. Hatten zuvor bereits mit „HH 19“ und der „Hamburger Rundschau“ zwei politische Stadtmagazine die Segel streichen müssen, so kam in den vergangenen Jahren gleich ein gutes Dutzend weiterer Redaktionen unter den Hammer. Den Auftakt machte die „Woche“ mit rund 60 KollegInnen, den vorläufigen Schlusspunkt bildet die Verlagerung von Springers „Familie & Co“ nach Freiburg. Dazwischen liegen drastische Ausdünnungen bei einem halben Dutzend Jahreszeiten-Titeln, bei Bauers Programm-, Lifestyle- und Sexzeitschriften, bei Titeln aus der Milchstraße, darunter „Max“, bei der „Szene“ und beim TV-Sender HH1.

## Lage der Freien

In existenzbedrohendem Ausmaß sind freie JournalistInnen von der Situation betroffen. Sparmaßnahmen in Verlagen gehen oft zuerst zu Lasten der Honorare, die auf das Niveau von Niedrigstlöhnen gedrückt werden. Der Stellenabbau in den Redaktionen vermehrt das Heer der Freien, der Verteilungskampf auf dem Auftragsmarkt ist zu einem Überlebenskampf vieler geworden.

Freie Journalisten sind ökonomische Mittelständler. Doch ausgerechnet CDU und FDP ignorieren dies in erschreckendem Maße. Untersuchungen zur Lage? Spezielle Existenzgründungshilfen? Initiativen zum Aufbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften? Bereitstellung günstiger, kollektiver und subventionierter Arbeitsmöglichkeiten? X-mal Fehlanzeige.

## Seifenblasen I

„Hoffnungsschimmer auf dem Hamburger Arbeitsmarkt“ (Christian Saadhoff, Pressesprecher von Gunnar Uldalls Wirtschaftsbehörde im Januar 2004 nach Bekanntgabe von 85.000 Hamburger Arbeitslosen im Dezember 2003 gegenüber 81.000 ein Jahr zuvor und 73.000 in 2001) „Die Entwicklung lässt eine gewisse Trendwende erkennen.“ Senator Uldall in der gleichen Erklärung



# für Konzerne

## Titelsterben ohne jede Reaktion

Eingestellt wurden während der Regierungszeit des derzeitigen Senats u.a. die „Geldidee“, „Bizz“, „Online Today“ und die Fotoredaktion der „Mopo“. Absehbar sind die Schließung von Springers Dokumentation sowie die der Fotoredaktion der taz-Hamburg. Neue Titel blieben Mangelware, Reaktionen des Senats ebenso.

Bis Ende 2002 vollzog sich allein im Springer-Verlag und dessen Redaktionen der Abbau von 1.400 Arbeitsplätzen, bei G+J verloren im gleichen Jahr rund 400 Arbeitnehmer im Multimedia-Bereich ihren Arbeitsplatz, und die Entwicklung geht weiter. Senator Uldalls Lippenbekenntnis zu einer „sorgfältigen Branchenbetreuung“ kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die zunehmend prekäre Lage lässt den Senat kalt.

## Springer

Insbesondere in einer Stadt wie Hamburg, deren Zeitungs- und Meinungsmarkt wie in keiner anderen bundesdeutschen Metropole von einem einzigen Konzern beherrscht wird, müsste sich die Politik hüten, diesen Zustand durch Begünstigung eben dieses Hauses noch zu verfestigen. Genau das Gegenteil geschieht in Hamburg seit zwei Jahren. Nicht nur erhielt Springer privilegierten Zugang zu vielen Senatsetagen, sondern via „Kinder-Kultur-Zeitung“ sogar direkte Subventionen.

Springers Betriebsrat: „Wir werden nicht zusehen, wie Menschen einfach verschoben werden, wie sie ohne Rücksicht auf ihr soziales Umfeld zu reinen Kostenfaktoren werden.“

## Hamburg bremst

Ohne eine Ausweitung der Mitbestimmung in Medienunternehmen wird Beschäftigungssicherung und -förderung weiter der Willkür des „Marktes“ unterliegen. Der Konzentrationsprozess und Verteilungskampf der Medienkonzerne muss eingegrenzt und gezügelt werden.

Die Blockadehaltung des Hamburger Senats bei der moderaten Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes belegt, dass das nicht gewollt ist.

Auch als es ums neue Urheberrechtsgesetz ging, das Freien erstmals kollektive Verhandlungsrechte einräumt, übernahm Hamburgs Justizsenator einseitig die Position der stets Verhandlungs-Stärkeren, der Verleger. Heuchlerisch hatte sich Gunnar Uldall, der spätere Wirtschaftssenator, noch im September 2001 auf einer von der dju initiierten Podiumsdiskussion klar auf die Seite der Urheber geschlagen.

## Seifenblasen II

Der Senat betreibe eine „aktive Standortpolitik“ für die Medienwirtschaft, den „wichtigsten Zukunftssektor“, so Jürgen Klimke, CDU. „Wir schaffen ein medienoffenes Klima.“ Senator Uldall, März 2002

## **Hamburger Anstalt für neue Medien (HAM) – einst**

Die Arbeit der HAM, eine Anstalt des Öffentlichen Rechts, beruhte auf dem Hamburgischen Mediengesetz von 1994. Sie war verantwortlich für die Ausgestaltung des Privatfunks in Hamburg. Sie vergab im Radio- und Fernsehbereich die entsprechenden Sendefrequenzen und -lizenzen, wachte über die Programminhalte und bestimmte die Belegung des Kabelnetzes.

Der 13-köpfige HAM-Vorstand stand für gesellschaftlichen Pluralismus: Sechs Mitglieder wurden von Kammern, Gewerkschaften und Kirchen benannt, die übrigen sieben auf der Basis von Vorschlägen gesellschaftlich relevanter Gruppen in der Bürgerschaft gewählt.

### **Politischer Einfluß**

Zielstrebig ging der Senat an die Entmachtung der HAM heran. Es galt, direkten Einfluß auf den Vorstand zu nehmen. Man habe ohnehin vor, das Mediengesetz zu novellieren und wolle dann auch gleich die Zusammensetzung des Vorstands neu regeln. Der solle auf sieben Mitglieder verkleinert werden, die alle direkt von der Bürgerschaft gewählt würden.

### **ver.di-Warnung**

„Wer diese Beschädigung der HAM in Kauf nimmt und zur gesetzgeberischen Brechstange greift, muss sich auch die Frage gefallen lassen, ob es ihm in Wirklichkeit nicht um viel mehr geht als nur um die Besetzung des HAM-Vorstandes nach dem bestehenden Parteienproporz in der Bürgerschaft“, so ver.di in einer Erklärung vom 31.1.03.

### **O-Töne**

**Lothar Jene**, HAM-Direktor: „Die HAM darf nicht zum Spielball parteipolitischer Interessen werden. Sie ist bewusst staatsfern organisiert. Die Regelung von Rundfunkangelegenheiten darf nicht an der kurzen Leine von Parteiinteressen geschehen.“

**Gerd Hardenberg**, Schill: „Andere Ziele erfordern auch andere Entscheidungsgremien.“

**Farid Müller**, medienpolitischer Sprecher der GAL: „Es geht den Regierungsfractionen um die Besetzung mit ihren Leuten. Das ist dreister Filz mit schwarzer Farbe.“

# **Neues**

# **Mediengesetz**

## **Vorreiter**

Trotz aller Proteste: Am 26. Juni 2003 beschließt der Senat die Novellierung des Mediengesetzes. Als erstes Bundesland hat Hamburg wesentliche inhaltliche Auflagen für die privaten Radiosender aufgehoben.

Das freie Unternehmertum jubelt. Denn das Mediengesetz wird auch in anderen von der CDU regierten Bundesländern als innovativ und nachahmenswert gefeiert.

### **Standortpolitik**

Der so genannte „Mindestwortanteil“ und Informationsauftrag im privaten, kommerziellen Rundfunk wird abgeschafft. Die Sender sind nicht mehr verpflichtet, einen bestimmten Teil der Sendezeit mit Nachrichten oder journalistischen Beiträgen zu füllen. Die Aufgaben und Kontrollfunktionen der HAM werden drastisch beschnitten.

Der HAM-Vorstand wird nicht länger auch von parteifernen gesellschaftlichen Gruppen bestimmt, sondern von der Bürgerschaft direkt gewählt. Er wird von 13 Mitgliedern auf sieben verkleinert.

Der Offene Kanal wird aufgelöst. Frequenzen und Fördermittel aus den Rundfunkgebühren gehen an die Hamburg Media School über.

### **Dudelfunk**

Die Tendenz zur Monopolisierung und Kommerzialisierung dient weder der breiten Information der Bürger noch dem Ruf Hamburgs als attraktivem Medienstandort.

Durch den Wegfall von programmlichen Mindestanforderungen und die Möglichkeit, künftig uneingeschränkt Programme auszutauschen, wird die völlige Verflachung des hamburgischen Rundfunkangebots vorangetrieben.

### **O-Töne**

**Wolf-Dieter Gramatke**, Handelskammer: „Es ist das fortschrittlichste, transparenteste und wirtschaftsfreundlichste Mediengesetz in Deutschland.“

**Dietrich Rusche**, CDU: „Das Gesetz hat positive Auswirkungen auf den Medienstandort Hamburg. Durch Deregulierung und Abbau der Bürokratie wird die Entfaltung des freien Unternehmertums gefördert.“

**Werner Dobritz**, SPD: „Das ist ein Rückfall in die medienpolitische Steinzeit.“

# **Geschlossener**

## **Der Offene Kanal**

Seit 1988 sendete der Offene Kanal (OK) Radio- und Fernsehprogramme. Sein Auftrag: Bürger sollen befähigt werden, über die elektronischen Medien ihre Meinung zu sagen. Etwa 28.000 Menschen haben mit etwa 44.000 selbst produzierten Sendungen diese Möglichkeit genutzt.

Das Statut war Programm: „Den Inhalt eines Sendebeitrages bestimmen die Nutzerinnen und Nutzer selbst. Eine Zensur findet nicht statt.“

Der Offene Kanal war eine Einrichtung der HAM und wurde aus öffentlichen Mitteln und Rundfunkgebühren finanziert.

## **Engagierte Pläne**

Noch Anfang 2003 hatte die HAM Großes mit dem OK vor: Für 250.000 € wird das Fernsehstudio technisch neu eingerichtet. Lothar Jene, Noch-Direktor der HAM, erhofft sich davon die Möglichkeit, dass aktuelle Themen leicht aufgegriffen werden können.

Futuristische Pläne auch für die Hamburger Bürgerschaft: Der Offene Kanal soll die Bürgerschaftssitzungen live übertragen. Farid Müller, Medienexperte der GAL, ist begeistert.

## **Demokratisches Beispiel**

Der OK, bundesweit eines der erfolgreichsten demokratischen Bürgerfunk-Modelle, trug maßgeblich zur Meinungsvielfalt und Integration verschiedenster Kulturen in Hamburg bei.

Das öffentlich-rechtliche Statut des OK hat weltweit Nachahmer gefunden, allein in Brasilien gibt es heute 2.500 Community-Radios, die auf der Grundlage des Hamburger Vorbilds senden. Der OK in Hamburg ist ein „demokratisches Beispiel für die gesamte Welt“, so Mitnutzer Marcos Romao vom dju-Vorstand.

## **O-Töne**

**Michael Freitag**, CDU: „Vielfalt und Buntes soll auch weiterhin gefördert werden. Aber professioneller und mit mehr Service für die Hamburger.“

**Dana Horáková**, Kultursenatorin: „Die Programme des Offenen Kanals fördern den Dialog der Kulturen. Der Mensch ist hier nicht Konsument, sondern Macher.“

**Amenia Krüger**, Medienberaterin: „In Ballungsräumen wie Hamburg ist mittlerweile die Hälfte der 14- bis 25-Jährigen nicht deutscher Herkunft. Doch die Mainstream-Medien stellen sich dieser Verantwortung in keiner Weise. Integrativ zu wirken, Brücken zwischen den Kulturen zu schlagen, das ist in der gegenwärtigen Medienlandschaft beinahe Privileg der Offenen Kanäle.“



# **Kanal**

## **Zerschlagung**

Im Sommer 2002 startet die CDU eine Kampagne in der „Bild“: Es müsse Schluss sein damit, dass das „Hobby von Minderheiten“ mit Rundfunkgebühren finanziert werde.

Neben der Zerschlagung des Bürgerradios ging es auch um die Umverteilung öffentlicher Mittel.

Der Offene Kanal wurde der HAM entzogen und der neuen Hamburg Media School unterstellt. Für die waren die knapp 900.000 € Rundfunkgebühren, aus denen der OK bislang finanziert wurde, ein willkommener Geldsegen.

## **Alles neu mit Zensur**

Der Offene Kanal wurde vom Senat am 30. Juni 2003 eingestellt und als zukünftiger Bürger- und Ausbildungskanal der Hamburg Media School (HMS) übergeben. Das Bürgerradio durfte in einem Übergangsprogramm weitersenden, das Fernsehen wurde zunächst eingestellt.

Was die ehemaligen OK-Gestalter befürchtet hatten, trat ein: Alle Sendung unterliegen jetzt einer Prüfung und Genehmigung. Eine Zensur findet statt.

So durfte ein Beitrag für das „Pink-Channel“-Magazin zur Hausdurchsuchung beim FSK wegen „Unausgewogenheit“ nicht gesendet werden. Erst mit einer ergänzenden Stellungnahme der Staatsanwaltschaft wurde er doch noch ausgestrahlt.

## **Redaktionsstatut**

Nach der Einigung in diesem ersten Zensur-Fall schlug die HMS für die zukünftige Arbeit ein Redaktionsstatut vor.

Eine erste Reaktion der Hamburger dju: „Vielleicht geht ja zumindest in diesem Bereich ein positives Zeichen von der Hamburg Media Schools an die Hamburger Medien aus: Die Diskussion um Redaktionsstatute wird in den Verlagen und Redaktionen neu geführt.“

## **O-Töne**

**Peter Gehlsdorf**, Nutzerforum des OK: „Wir sind dem Senat zu links, zu schwul und wir haben zu viele Ausländer. Dass BürgerInnen den freien Zugang zu einem Medium hatten, in dem sie befähigt werden, über jedes Thema ihrer Wahl reden zu können, war vor allem der CDU immer der größte Dorn im Auge.“

**Bülent Kayaturan**, HH1- und OK-Morgenradio-Moderator („Bedo“): „Dass alle Beiträge einer Prüfung und Genehmigung unterliegen, ist eindeutig Zensur.“

## Die kleine Elite

Am 20. Februar 2002 hat der Senat auf den Weg gebracht, was er unter Medienpolitik versteht: Die Planung einer Elite-Universität für ganz wenige, die Hamburg Media School.

Sie wendet sich vor allem an Studenten, die bereits einen akademischen Abschluss haben. Ausgebildet wird in „Meisterklassen“, die nach zwei Jahren zu einem Master-Abschluss führen. Weitere Studiengänge: Media Arts, Media Business, Media Technology und Media Sciences.

## Public Private Partnership

Finanziert werden soll die Hamburg Media School aus öffentlichen Mitteln, Studiengebühren und Geldern privater Sponsoren und Vereinsmitglieder. Wer hier mitmacht, hat das Sagen:

Axel Springer Verlag, Handelskammer Hamburg, Heinrich Bauer Verlag, Cinecentrum Deutsche Gesellschaft für Film- und Fernsehproduktion, Hotel Europäischer Hof, Multimedia Film- und Fernsehproduktion, NDR Media, Polyphon, Spiegel Verlag, Studio Hamburg, Trickcompany Filmproduktion, Verband Deutscher Zeitschriften sowie der schweizerische Verband für Aussenwerbung.

## Meinungseinfalt

Indem der Senat der HAM die Zuständigkeit für den Offenen Kanal entzog, um frei werdende öffentliche Mittel der Hamburg Media School (HMS) zufließen zu lassen, unterstellte er nicht nur Gemeineigentum den überwiegend privatwirtschaftlichen Interessen der HMS, sondern schränkte auch in unverantwortlicher Weise die Meinungsvielfalt in Hamburg ein.

## O-Töne

Bürgermeister **Ole von Beust**: „Mit dieser einmaligen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik werden wir ein hochwertiges Ausbildungsangebot kreieren, das Hamburg zu einem Studien- und Arbeitsort für die besten Film- und Fernsehmacher in Europa machen wird.“

Wirtschaftssenator **Gunnar Uldall**: „Ein herausragendes Ausbildungsangebot stärkt auch den Wirtschafts- und Medienstandort Hamburg. Ich bitte daher die Hamburger Unternehmen, sich mit inhaltlichem, aber auch mit finanziellem Engagement an der Hamburg Media School zu beteiligen.“

# Hamburg

# Media School

## Medien-Rochade

Mit der Novellierung des Hamburger Mediengesetzes ist der Weg für das Prestigeobjekt geebnet: Die HAM ist entmachtet, der Offene Kanal geht mit Frequenzen und öffentlichen Rundfunkgebühren an die HMS und die Wissenschaftsbehörde finanziert den Rest.

Geschäftsführer wird der Deutsch-Belgier Jan Henne de Dijn. Der studierte Volkswirt bringt als vorheriger Benelux-Geschäftsführer beim Brüsseler TV-Einkaufskanal „Home Shopping Europe“ offensichtlich die passenden Qualifikationen mit.

## Hamburger Eliteschulen kosten

Ausbildungs-Prestigeobjekte sind diesem Senat Bares wert. Ole von Beust (Gesamtverantwortung), Gunnar Uldall (Wirtschaft) und Jörg Dräger (Wissenschaft) verweisen gern auf andere Eliteschulen mit hohen Studiengebühren:

Die „Bucerius Law School“ kassiert pro Jahr 9.000 €, das HMS-Vorbild, die werbeorientierte „Miami Ad School“ umgerechnet 8.000 €. Die neue Hamburg Media School aber ist top: Sie nimmt 12.500 €. Im Gegenzug verspricht die HMS ihren Master-Abgängern aber auch „Top-Verdienstchancen“. In Babelsberg?

## Dokumentation

taz Hamburg, 28.4.03:

taz: Die Bürger, die den OK machen, haben Angst vor Kontrolle und Zensur.

Jan Henne de Dijn: Es geht uns nur um die Qualität. Damit das, was die Bürger mühsam erstellen, auch von jemandem gesehen wird. ... Wir wollen die Bürger qualifizieren, ihnen helfen. Aber es gibt einfach formale technische Kriterien, die beim Fernsehen beachtet werden müssen. Außerdem sind unsere Studenten auch Bürger dieser Stadt. Die Kombination von Bürger- und Studentenbeiträgen sehen wir als unglaubliche Chance.

## O-Töne

Kultursenatorin **Dana Horáková**: „Ich erhoffe mir neben den wirtschaftlichen Effekten auch inhaltlich-kreative Impulse.“

Wissenschaftssenator **Jörg Dräger**: „Mit der Hamburg Media School wollen wir neue Wege in der Hochschul-landschaft beschreiten: bewusst elitär, privat kofinanziert, wirtschafts- und verwertungsorientiert sowie international kooperierend wird sich die Hamburg Media School positionieren.“

# Studiengang Journalistik

## Neue Wege

Galt in den 80er Jahren noch das Volontariat als Einstieg in den Journalismus, so sind seitdem eine Reihe universitärer Ausbildungswege hinzugekommen.

Die neue auf Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Hamburg Media School steht beim Kampf um rare öffentliche Mittel in direkter Konkurrenz zu renommierten Einrichtungen wie der Akademie für Publizistik oder dem Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität (IJK).

## Wirtschafts-Uni

Zügig begann Wissenschaftssenator Jörg Dräger mit der Umstrukturierung der Hamburger Uni-Landschaft. Neben der Unternehmensberatung McKinsey beauftragte die Behörde auch eine externe Expertenkommission unter Leitung des ehemaligen Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi. Das Ziel: eine klare Ausrichtung der Lehre weg von den Geisteswissenschaften auf die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Die Empfehlung der Dohnanyi-Kommission, den Studiengang Journalismus an der Universität abzuschaffen und das medienwissenschaftliche Angebot in die Hamburg Media School zu integrieren, griff der Senat begierig auf.

## Der Fachschaftrrat

„Nach langem Gezerre soll die Journalistenausbildung an der Uni nun doch erhalten bleiben. Die Uni Hamburg gerät dabei in eine paradoxe Situation: Einerseits unterstützt sie die Kooperation der Medienstudiengänge in der Zentrale für Medienkommunikation. Andererseits hat sie großes Interesse an der HMS: Denn die Hochschule ist an der School beteiligt.

Künftig wird wohl nur eine kleine Elite zu den „Mediengestaltern der Zukunft“ (de Dijn) ausgebildet, während die übrige Hamburger Ausbildungslandschaft durch die HMS ausgedünnt wird.“

## O-Töne

**Klaus von Dohnanyi**, Experte des Wissenschaftssenators: „Wir sind der Auffassung, der Studiengang Journalistik ist nicht zweckmäßig, er sollte entfallen, weil er im Grunde nichts bringt. Journalisten brauchen eine andere Form der Ausbildung.“

**Prof. Dr. Siegfried Weischenberg**, IJK-Direktor: „Das Uni-Studium der Medien und des Journalismus darf nicht zusammengestrichen werden, um die Media School durchzusetzen.“



# Schill und Panorama

## Panorama, Drugs & Rocking Schill

Am 7. Februar 2002 sendet das ARD-Magazin „Panorama“ im Ersten einen Beitrag, in dem ein anonymes Zeuge aussagt, er habe beobachtet, wie Ronald Schill ein weißes Pulver konsumiert habe. Ein Kokain schnupfender Innensenator gerät bundesweit in die Schlagzeilen. Erst ein Haartest, dem sich Schill unterzieht, räumt den Verdacht aus.

Auf den Panorama-Bericht reagiert der Hamburger Innensenator in bekannt rabiaten Form: Erst beschimpft er die Sendung als „Schweinemagazin“, dann attackiert er deren Mitarbeiter als „Dreckschleudern, denen das Maul gestopft gehört“.

Eine Distanzierung des Senats von diesen Ausfällen bleibt aus.

## Rabaukenschelte

Beim Landgericht Hamburg erwirkt Schill eine einstweilige Verfügung gegen den NDR.

Über die Staatliche Pressestelle lässt Schill dazu eine Erklärung mit gleichzeitiger Drohung verbreiten: „Mit diesem Beschluss ... wird meine Auffassung bestätigt, dass die Redaktion des Panorama-Magazins in schlimmer Weise gegen ihre journalistische Sorgfaltspflicht verstoßen hat. Ich erwarte nun, dass endlich diese Diffamierungskampagne gegen meine Person beendet wird. Ich werde keine weiteren Grenzüberschreitungen der journalistischen Sorgfalt beim NDR dulden.“

## O-Töne

FDP-Fraktionschef **Müller-Sönksen**: „Journalisten werden für Fehler viel zu wenig zur Verantwortung gezogen.“

**Jobst Plog**, NDR-Intendant: „Unser Haus wird sich durch Herrn Schill in keiner Weise einschüchtern lassen.“

**dju-Hamburg**: „Schills Sprache spiegelt sein Denken. Eine Gefahr für jede Demokratie.“

## Der Bürgermeister

Ole von Beust im Oktober 2001 menscheind über seine neuen Freunde: „Ich muß sagen, zu Herrn Schill, Herrn Lange, wir haben ein hervorragendes und menschliches Verhältnis, trotz mal verschiedener Meinung.“

Das menschliche Verhältnis wurde durch keinen noch so erschreckenden Schill-Skandal getrübt. Erst als Schill von Beust im August 2003 persönlich angriff, reagierte der Erste Bürgermeister und warf seinen Ex-Freund und Mehrheitsbeschaffer raus.

## Die ehrenwerten Senatoren

Die Regierungskoalition war angetreten zum Kampf gegen den „Roten Filz“ in der Hansestadt. Am Ende ihrer Regierungszeit gibt es stattdessen nicht nur schwarzen Filz zuhauf, sondern auch wieder einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Vor allem vier Senatoren taten sich hervor. Ganz oben an Justizsenator Roger Kusch (CDU). Ihm folgen Bausenator Mario Mettbach (Schill), ex-Bildungssenator Rudolf Lange (FDP) und die parteilose Kultursenatorin Dana Horáková.

# Schwarzer

## Kuschs Springer-Freund

Matthias Soyka, ehemals Rathausberichterstatler der „Bild“-Redaktion, machte aus seiner Sympathie für den Senat kein Geheimnis. Mit Umweltsenator Peter Rehaag flog er gemeinsam nach Italien in den Urlaub. Ein besonders freundschaftliches Verhältnis verbindet ihn mit dem Justizsenator.

Dieser wollte Soykas Frau Anne als Richterin einsetzen. Der Richterwahlausschuss lehnte eine Ernennung ab. Kusch ließ die Journalisten-Gattin trotzdem nicht fallen und vermittelte sie auf die Stelle einer Amtsleiterin in der Justizbehörde, obwohl sie für den Job als nicht qualifiziert galt.

## Noch mehr Freunde

Ohne Stellenausschreibung machte Senator Kusch seinen Parteifreund Wolfhard Ploog zum Sicherheitsreferenten der Justizbehörde. Der Journalist und Jurist Kai Nitschke wurde nicht nur Kuschs Pressesprecher, sondern auch Richter auf Probe, was seine berufliche Zukunft sichert. Kuschs persönlicher Referent, Büroleiter und Freund Jörg Städtler bekam einen Vertrag mit Sonderrechten und überaus guter Besoldung.

Unliebsame Mitarbeiter hingegen wurden von der „lächelnden Guillotine“, so ein interner Schmääh für den Senator, strafversetzt oder gingen freiwillig.

## O-Töne

**Walter Zuckerer**, SPD-Fraktionsvorsitzender: „Dieser Senat und insbesondere der Justizsenator tun so, als ob die Stadt ihnen gehört und sie nicht an geltende Gesetze gebunden seien.“

**Christian Maaß**, GAL: „Wir haben den begründeten Verdacht, dass der Justizsenator in rechtswidriger und politisch unakzeptabler Weise Einfluss auf Personalentscheidungen genommen hat, zweitens seine engsten Mitarbeiter mit bisher unüblichen finanziellen Begünstigungen versorgt hat.“

# Filz

## Freundinnen der Senatoren

Die Historikerin Dr. Sabine Bamberger-Stemmann setzte sich gegen 113 Konkurrentinnen als Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung durch. Sie war die Favoritin von Schulsenator Rudolf Lange (FDP). Zufall, dass die 42-Jährige aktives FDP-Mitglied in Eimsbüttel ist.

Kein Problem hatte Bausenator Mario Mettbach (Schill), seine Lebensgefährtin als persönliche Referentin anzustellen. Erst massive Proteste beendeten diese Affäre.

## 30 Millionen Euro

Die Springer-Connection des Hamburger Senats hofierte auch altgediente, ehemalige Springer-Leute. Während Initiativen und Geschichtswerkstätten die Gelder gestrichen wurden, schanzte Kultursenatorin Dana Horáková, vormals Kulturchefin der „Bild“, dem ehemaligen Vorstand des Springer-Verlages, Peter Tamm, für ein neues „Meeresmuseum“ 30 Mio. € zu.

Der alte Speicher, in dem das „Internationale Schifffahrts- und Meeresmuseum Peter Tamm“ stehen wird, kostet den neuen Direktor keinen Cent. Es wird ihm unentgeltlich für 99 Jahren überlassen.

## Kinder-Kultur-Zeitung

Von Beusts letzte Wahl als Kultursenatorin nach Vicky Schicki, Micki, Dana Horáková steht in Treue fest zu ihrem früheren Arbeitgeber, dem Springer-Verlag. In dessen „Hamburger Abendblatt“ erscheint seit Februar 2003 die Kinder-Kultur-Zeitung als monatliche Beilage.

Gefördert wird das Projekt mit jährlich 148.000 € aus dem Topf zur „Förderung der Kinder- und Jugendkultur“, der insgesamt 248.000 € umfasst.

## PUA-Abschluss

**taz, 20.1.04:** „Aus Sicht der Opposition hat sich CDU-Justizsenator Roger Kusch als ‚nicht würdig für ein Senatorenamt‘ erwiesen. Das ist zumindest das Fazit, das SPD-Obmann Günter Frank nach dem vorzeitigen Ende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Schwarzer Filz zieht.“

GAL-Obmann **Cristian Maaß** sekundiert: Kusch pflege in der Behörde einen Führungsstil, der eher dem eines „absolutistischen Monarchen“ ähnelt als dem eines auf Zeit gewählten Demokraten“. Der Senator habe Glück, „dass ihn die Neuwahlen zunächst vor weiteren Ermittlungen bewahren“.

## **Geschichtswerkstätten**

Kritische Öffentlichkeit ist dem Senat ein Dorn im Auge. Im Visier: „Museen von unten“, die 14 Hamburger Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, „Gedächtnisse der Stadt“ für Alltags- und Arbeiterkultur mit ihrem Beitrag zur Bewusstseinsbildung über die Geschichte im eigenen Stadtteil.

Schon unter dem rot-grünen Senat hatten sie es nicht immer leicht. Aber mit dem neuen Senat drohte plötzlich das totale Aus.

# **Gegen**

### **Stand 2003**

14 Geschichtswerkstätten verteilen sich über die ganze Stadt: Es gibt sie in Barmbek, Bergedorf, Bramfeld, Dulsberg, Eimsbüttel, Eppendorf, Fuhlsbüttel, Hamm, Horn, in der Jarrestadt, in Ottensen, St. Georg, St. Pauli, Wilhelmsburg. 16 Angestellte betreuen die Häuser, viele auf Teilzeitbasis. Knapp 300 Hamburger arbeiten und forschen hier ehrenamtlich.

In den Archiven der Geschichtswerkstätten lagern historische Fotos, Postkarten und Stadtpläne; Interviews mit Zeitzeugen; historische Zeitungsartikel oder private Tagebücher, auch Firmennachlässe und andere Dokumente zur Stadtteilgeschichte. Mancherorts wie in Ottensen wird auch in denkmalgeschützten Räumen zwischen historischen Maschinen Industriekultur dokumentiert.

### **z.B. Eppendorf**

Seit 1991 leiten die Volkskundlerin Maria Koser und der promovierte Historiker Hakim Raffat mit jeweils einer halben Stelle die Geschichtswerkstatt Eppendorf in der Martinistraße. Auf knapp 25 qm lagern unzählige Fotos und Dokumente über die Vergangenheit des Stadtteils. Die Zeit der Angestellten aber reicht lediglich fürs Organisatorische. „Forschen tun wir in unserer Freizeit“, so Raffat.

### **O-Töne**

**Edgar Mebus**, ehemaliger Schuldirektor des Gymnasiums Kaiser-Friedrich-Ufer: „Dies ist das kollektive Gedächtnis der Stadt. Eine geschichtslose Gesellschaft hat keine Zukunft.“

**Ralph Giordano**, Schriftsteller: „Es ist zu bewahren und zu erforschen, was zu tun hat mit Menschen, die zuvor gelebt und gearbeitet haben, und die es wahrlich verdient hätten, dass davon Notiz genommen wird, und auch daraus gelernt werden kann, im Guten wie im Bösen, für Gegenwart und Zukunft.“



# **Öffentlichkeit**

### **z.B. Hamm**

Gunnar Wulf, der 1987 das Stadtteilarchiv Hamm gründete: „Wir sammeln die Geschichte kleiner Leute, die nicht in Geschichtsbüchern stehen. So wird die Historie auch für junge Menschen lebendig.“

In Hamm wurde ein Bildarchiv von 25.000 privaten Fotos zusammengetragen. Hinzu kommt eine Sammlung von Dokumenten, die von Bewohnern des Stadtteils zur Verfügung gestellt wurden.

### **Kulturpolitik a la Horáková**

Im Juni 2003 wurde der Kulturhaushalt 2004 vorgestellt. Der Etat stieg, doch es gab einen großen Verlierer: Die jährlichen Subventionen von 539.000 € für Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive sollten komplett gestrichen werden.

Die Kultursenatorin: Der Ausfall der Zuwendung solle durch mehr ehrenamtliche Arbeit kompensiert werden! Die Mitarbeiter mögen doch ihre Eigenverantwortung weiter ausbauen und nicht nur an sich selbst denken!

### **Proteste und Anhörung**

Gegen den Senatsplan, sämtliche Mittel zu streichen, formierte sich rasch ein Protest, der weit bis ins liberale und bildungsbürgerliche Lager hineinreichte. In einer öffentlichen Anhörung „Geschichte muss lebendig bleiben“ sprachen sich Historiker, Pädagogen und Zeitzeugen für die Förderungswürdigkeit der Geschichtswerkstätten aus.

Ein Etappensieg wurde erreicht: Die totale Streichung wurde verhindert, der Etat für 2004 „nur“ um 139.000 € auf 400.000 € gekürzt. Eine befristete Notlösung. Damit können neben den Betriebskosten auch die meisten hauptamtlichen Mitarbeiter weiter finanziert werden. Das Ziel jedoch heißt weiterhin: vollständige Streichung der Zuwendung.

### **O-Töne**

**Franklin Kopitzsch**, Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte: „Vor allem der didaktische Mehrwert für die Praxis im Geschichtsunterricht, über das Lehrbuch hinaus, ist nicht zu unterschätzen. Wenn wir das erhalten wollen, sind die Werkstätten nicht zu ersetzen.“

**Hakim Raffat**, Geschichtswerkstatt Eppendorf: „Wir gelten für gewisse Leute als links. Natürlich hat die Geschichte der Arbeiter auch was mit Gewerkschaften zu tun, auch Teile des antifaschistischen Widerstands kamen von dort - das gehört nun mal dazu.“

**Jürgen Mantell**, Bezirksamtsleiter Eimsbüttel (SPD): „539.000 € sind für die immensen Leistungen der Geschichtswerkstätten nicht zu viel.“

## **Im Visier: Stadtteilkultur**

### **Senat und Bild-Zeitung**

In den Zeiten der „Bambule“-Demonstrationen übten sie den Schulterchluss: Der Senat und die Bild-Zeitung. Es galt, die „Chaoten der Innenstadt“ abzuwehren. Das bot Möglichkeiten, auch auf vermutete Umfelder wie Stadtteilzentren und Ausländerinitiativen einzuschlagen.

### **Angriff auf die Zentren**

Senatorin Horáková versprach es in ihrem ehemaligen Blatt, der „Bild“, im November 2002: „840.000 €! Kulturbehörde fördert Chaoten – Damit ist jetzt Schluss!“

In Fortsetzung eines CDU-Angriffs vom Juli 2002 wurden gezielt die „Werkstatt 3“ und die GWA St. Pauli-Süd attackiert. Die Zentren würden gewaltbereite Gruppen unterstützen – eine Ente, die „Bild“ unter Verweis auf den Verfassungsschutz vermeldet hatte. Später musste selbst Horáková zugeben: „Der Kulturbehörde sind keine gewalttätigen Mitgliedsgruppen der GWA und der Werkstatt 3 bekannt.“

Ein Angriff mit Folgen: Mittlerweile wurde in die Richtlinie zur Förderung der Stadtteilkultur ein „Polizeiparagraf“ aufgenommen. Er untersagt den Zentren rechtlich Selbstverständliches wie „Angebote und Veranstaltungen in ihren Räumen, mit denen erkennbar zu rechtswidrigen oder strafbaren Handlungen aufgerufen wird bzw. solche Handlungen vorbereitet werden“ – und erzeugt damit politisch gewollte Selbstzensur.

### **Ein „Fehler“**

„Bild“, 29.11.02: „In dem Bericht über die Förderung von Stadtteilkulturgruppen in Altona (27.11.) ist es zu einem bedauerlichen Fehler gekommen. Wir berichteten, dass in den Räumen der Werkstatt 3 ‚extreme‘ Gruppen Veranstaltungen durchführen. Tatsache ist aber, dass die Räume von ‚externen‘ Gruppen genutzt werden. BILD bedauert diesen Fehler.“

### **O-Töne**

**Dana Horáková**, Kultursenatorin: „Ich werde es nicht dulden, wenn staatliche Zuschüsse an Stadtteilkultureinrichtungen zur Finanzierung von Gruppierungen genutzt werden, die zu rechtswidrigem Handeln aufrufen.“

**Karl-Heinz Ehlers**, Kultursenator in spe der CDU: „Nicht alles, was im weitesten Sinne Kultur ist, ist förderungswürdig. Wenn in Kursen angeboten wird, wie man Schienen ansägt oder Krallen auf Oberleitungen wirft, muss das unterbunden werden.“

## **Im Visier: Feminismus**

### **Frauenpolitik wird abgeschafft**

„Wir machen keine Politik für Frauen, sondern Familienpolitik.“ Unter dieser Parole startet der Senat seine Amtszeit. Was folgt ist eine einzigartige finanzielle Streichorgie. Betroffen sind Frauenhäuser, Frauenbildungs- und Frauenmusikzentrum, Mädchenprojekte, Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt, lesbische Frauen und Migrantinnen.

Neben der Arbeitsmarkt- ist die Frauenpolitik der Bereich, in dem Schwarz-Schill am stärksten gekürzt hat.

### **25 Jahre Frauenberatung**

Komplett gestrichen wurde das Veranstaltungsprogramm des Frauenbildungszentrums Denk(t)räume. Die rund 100 meist gut besuchten Seminare, Kurse und Vorträge im Jahr zu frauenbezogenen Themen fallen nun aus. Das Senatsamt für die Gleichstellung wurde gleich ganz abgeschafft. Gewalt gegen Frauen und deren anhaltende gesellschaftliche Benachteiligung – kein Thema mehr für den Senat.

Vorbei an den Bedürfnissen von Frauen, vorbei auch an dutzenden Gesprächsangeboten, wird vor allem bei Projekten mit explizit feministischem oder gar lesbischem Ansatz gekürzt. Viele hatten seit Jahrzehnten erfolgreich gearbeitet. Auch für neue Projekte heißt die Ansage: kein Geld mehr für geschlechtsspezifische Angebote.

### **Frauen-Politik!**

Viele Frauenprojekte sind aus der Frauenbewegung entstanden. Sie orientierten sich von Anfang an eng an den Bedürfnissen und Problemen von Frauen. Das lässt sich nicht durch eine staatlich verordnete Beratungspolitik ersetzen. Die Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ist noch längst nicht erreicht.

Das Veranstaltungsprogramm von Denk(t)räume muss wieder gefördert werden, feministische politische Bildung und Öffentlichkeit braucht einen Ort in Hamburg.

### **O-Töne**

**Elisabeth Müller**, Denk(t)räume: „Das ganze Denk(t)räume-Konzept ist ausgehebelt. Feministische autonome Frauenbildung findet in Hamburg nicht mehr statt.“

**Heike Peper**, Biff Eimsbüttel: „Wir müssen sehr viele Frauen abweisen. Frauen haben unter dieser Regierung erklärtermaßen keine Priorität mehr.“

**Steph Klinkenberg**, Frauenmusikzentrum: „Im Musikbereich steht einer Repräsentanz von 95% Männern nur fünf Prozent Frauen auf den Bühnen gegenüber.“

## Der „Otto-Katalog“

Anfang 2002 trat das verschärfte Bundesverfassungsschutzgesetz in Kraft, das die Befugnisse des Verfassungsschutzes erweiterte. So darf der VS seitdem bei Kreditinstituten, Luftverkehrsunternehmen, Post- und Kommunikationsdienstleistern Informationen abfragen. Wohnungen dürfen bei konkretem Tatverdacht abgehört werden.

## Hamburgs Lizenz zum Lauschen

Der Hamburger Senat wünscht sich noch mehr Rechte für den Verfassungsschutz. Dessen Befugnisse sollen nicht nur für akute Gefährdungssituationen gelten wie im Bund. In der Hansestadt sollen, so das Hamburger Verfassungsschutzgesetz, auch Nichtverdächtige überwacht werden, sofern sie im Kontakt zu Verdächtigen stehen könnten. Das neue Gesetz macht eine „verdachtunabhängige optische und akustische Wohnraumüberwachung“ durch den VS möglich.

All diesen Ausspäh-Möglichkeiten sollten ausdrücklich auch Ärzte, Seelsorger, Journalisten und Anwälte ausgesetzt werden, obwohl diese Berufsgruppen aus guten Gründen ein Zeugnisverweigerungsrecht bzw. eine Schweigepflicht haben.

Bedenken hatte unter den Koalitionspartnern allein die FDP.

## Überwachungsstaat

„Wir wollen keinen Überwachungsstaat, in dem Journalisten, Ärzte, Seelsorger und Anwälte ohne jeden Verdacht mit Wanzen und Kameras ausspioniert werden dürfen“, erklärte die damalige ver.di-Vize Ulrike Fürniß.

Die dju ergänzte: „Das Gesetz geht noch weit über die Bestimmungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes hinaus. Wir fordern die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft auf, es grundsätzlich abzulehnen.“

## Große Koalition der Chefredakteure

**Menso Heyl**, Hamburger Abendblatt: „Mir scheint, hier versucht jemand lästige Beobachter kaltzustellen.“

**Josef Depenbrock**, Hamburger Morgenpost: „Journalisten müssen Missstände enthüllen und Ungerechtigkeiten aufdecken. Das Abhören von Journalisten muss verhindert werden.“

**Wolfgang Münchau**, Financial Times Deutschland: „Der Senat überschreitet die Grenze zwischen dem legitimen Sicherheitsbedürfnis einer Demokratie und der illegitimen Kontrolle eines Überwachungsstaates.“

**Herbert Schalthoff**, Hamburg 1: „Ole von Beust hat zu Beginn seiner Amtszeit gesagt, Hamburg bleibe eine liberale und weltoffene Stadt. Nehmen wir ihm beim Wort.“

# Großer

# Lauschangriff

## Die anderen

Die Kirche: „Das seelsorgerische Gespräch darf nicht abgehört werden. Was dort gesprochen wird, geht nur den Seelsorger, den Hilfesuchenden und Gott etwas an.“ Rüdiger Salchau

Die Ärzte: „Hier geht es um elementare Bürger- und Menschenrechte.“ Frank-Ulrich Montgomery

Die Anwälte: „Wir lehnen den Gesetzentwurf ab, weil er die Bundesgesetzgebung bei weitem übertrifft.“ Otmar Kury

## Hamburger Allianz

In bisher nie gesehener Eintracht machten Kirchen, Ärztekammer, Anwaltsvereinigungen und Journalistenverbände Front gegen die Senatspläne.

Chefredakteure aller Couleur waren sich in der Ablehnung des großen Schnüffelstadtstaats einig. Fast täglich informierten Zeitungen, Funk und Fernsehen über und gegen die Senatspläne.

Der Protest erregte bundesweit Aufsehen, hatten doch zuvor bereits andere Bundesländer, darunter Bayern, völlig unbemerkt ähnlich umfassende Überwachungsmöglichkeiten gesetzlich verankert.

## „Erfolg“

Im Senat war der Gesetzentwurf diskussionslos durchgewunken worden, niemand hatte mit derart mächtigen Protesten gerechnet. Der Gesetzentwurf genoss die „uneingeschränkte Unterstützung“ der CDU. Als dann jedoch als erste die FDP aufwachte und sich ihrer Wächterfunktion für Bürgerrechte erinnerte, schwenkten auch die Christdemokraten um und einigten sich mit ihren Partnern auf den „Kleinen Lauschangriff“, der Berufsgeheimnisträger ausnimmt.

## Die Chefredakteure

**Wilm Herlyn**, dpa: „Das geplante Verfassungsschutzgesetz ist ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte, den niemand hinnehmen kann.“

**Stefan Aust**, Spiegel: „Redakteure müssen recherchieren können, ohne dass der Geheimdienst mitlauscht.“

**Andreas Petzold**, Stern: „Das ist der dreisteste Angriff auf die Pressefreiheit seit der Spiegel-Affäre 1962.“

**Kai Diekmann**, Bild: „In seiner Maßlosigkeit ist das Gesetz nicht weniger als ein Zeichen von Barbarei.“

**Claus Strunz**, Bild am Sonntag: „Überhaupt auf einen solchen Gedanken zu kommen, zeugt von einem pervertierten Demokratieverständnis.“

**Josef Joffe**, Zeit: „Ein gravierender Verfassungsbruch.“



## Heiße Luft

Die Berufsgeheimnisträger waren aus dem Gesetzentwurf zum Großen Lauschangriff herausgenommen worden. Ärzte, Anwälte, Pastoren und Journalisten hatten ihre berechtigten Interessen durchsetzen können. Aber statt weiter gegen das neue Hamburger Verfassungsschutzgesetz zu kämpfen, verstummte die „Hamburger Allianz“ und löste sich auf.

# Pressefreiheit in Gefahr

## Alle sind verdächtig

Ende November 2002 beschloss der Senat mit seiner Bürgerchaftsmehrheit das neue Verfassungsschutzgesetz. Journalisten und andere dürfen jetzt in Privatwohnungen oder Diensträumen nur noch belauscht werden, wenn sie selbst verdächtig sind. Für Normalbürger aber gilt weiterhin die verschärfte Kontaktvariante inklusive der Überwachung durch Kameras, die im Bund (noch) nicht vorgesehen ist.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum, auf Straßen, in Nahverkehrsmitteln oder Bahnhöfen wird ausgebaut. Hier sind natürlich auch wieder Berufsgeheimnisträger Objekt der schnüffelnden Begierde, denn der Einsatz von Wanzen am Pkw, das Abhören von Dienstgesprächen auf dem Privathandy oder die Observation mit Richtmikrofonen sind von der verfassungsrechtlichen Sonderbehandlung nicht betroffen.

## Stop

Die dju-Hamburg protestiert scharf gegen das verabschiedete Gesetz. Den darin legitimierten Lauschangriff auch auf unverdächtige Personen in ihren Privaträumen weisen wir als unerträglich zurück. Das Gesetz geht noch immer weit über die Bestimmungen des Verfassungsschutzgesetzes von Otto Schily für den Bund hinaus. Hamburg braucht kein schärferes Gesetz.

## Rückblick und Ausblick

Der **Koalitionsvertrag**, Okt. 2001: An einzelnen öffentlichen Orten soll eine Videoüberwachung installiert werden. Als Beispiel wurde der Steindamm genannt.

**Dirk Nockemann**, Innensenator, Dez. 2003: „Innere Sicherheit: die Einführung einer umfangreichen Videoüberwachung, verdachtsunabhängiger Kontrollen vor Moscheen und präventiver Telefonüberwachung. Die Befugnisse zur Beobachtung der organisierten Kriminalität müssen ausgedehnt werden, beispielsweise zur vorbeugenden akustischen Wohnraumüberwachung.“

**Carsten Lüdemann**, CDU-Innenexperte, Dez. 2003: „Die Schill-Partei hat vor zwei Jahren unser Wahlprogramm abgeschrieben. Jetzt machen wir deutlich, dass wir den angeschobenen Umschwung fortsetzen wollen.“

# Polizei im FSK

## Bürgerradio Nr. 2

Juni 2002: Die HAM ist noch nicht vom Senat zerschlagen und beschließt in alter Besetzung, die Zulassung für das FSK um fünf Jahre zu verlängern. Das „Freie Sender Kombinat“ ist ein lokales, nicht kommerzielles Radio, das seit 2001 ganztägig sendet.

Herbst 2002: Wegen der drohenden Räumung eines Bauwagnplatzes im Karo Viertel beginnen die „Bambule“-Demonstrationen in der Innenstadt. Jede Demo wird ausführlich vom FSK angekündigt. Über Demonstrationen, Polizeieinsätze, Schikanen und Verhaftungen wird engagiert berichtet. Auch über Behinderungen von FSK-Reportern durch die Polizei.

## Durchsuchung

25. November 2003: Die Redaktions- und Senderäume des FSK werden von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht, später sogar noch die Privatwohnung des beschuldigten FSK-Redakteurs. Man sei auf der Suche nach einem vier Wochen zuvor ausgestrahlten Interview mit einem Polizei-Pressesprecher, der zu zwei Festnahmen befragt worden war, die sich am Rande einer „Bambule“-Demo ereignet hatten. Die Ausstrahlung habe die „Vertraulichkeit des Wortes“ verletzt. Als die Beamten nach drei Stunden den Sender verlassen, haben sie sich vor allem für Ordner mit Namenslisten und Telefonnummern interessiert.

Während der Durchsuchung produzierte ein Redakteur des Freien Radios Karlsruhe einen Beitrag, den er live in das Programm einspeiste. Die Polizei untersagt ihm, von der Durchsuchung zu berichten und postiert eine Polizistin im Studio.

## Finger weg vom FSK!

Die total überzogene Aktion hat den Willen des Senats belegt, nach Zerschlagung des Offenen Kanals auch das zweite Bürgerradio zum Schweigen zu bringen. Was zu kritisch ist, muss weg. Da aber der Vertrag von der „alten“ HAM verlängert worden ist, hilft nur noch die Kriminalisierung.

## O-Töne

**Thomas Ebermann**, grüner Ex-MdB: „Ein klarer Angriff auf freie Medien und eine kritische Öffentlichkeit!“

**Eva Neureiter**, Radio Orange, Wien: „Für alternative Berichterstattung und linke Medien scheint immer weniger Platz zu sein. Umso wichtiger ist es, dass die Arbeit der Freien Radios weitergeht.“

**Eva Schleifenbaum**, dju-Geschäftsführerin in ver.di: „Wenn eine Pressestelle vom FSK angerufen wird, dann muss diese davon ausgehen – auch die Polizeipressestelle –, dass dies für eine Veröffentlichung geschieht.“

## Die alte Praxis

Unter früheren Justizsenatoren war die Recherche in Hamburgs Strafanstalten recht einfach. Ein Antrag reichte, und das Interview konnte durchgeführt werden. Egal, ob mit Block und Bleistift oder Kamera und Mikro, Journalisten wurden die Gefängnistüren geöffnet.

Besonders unbürokratisch ging es bei den jährlichen Sommerfesten in Fuhlsbüttel zu: Ungestört konnten Angehörige, Besucher und Journalisten umhergehen und sich mit den Gefangenen unterhalten.

# Kontaktsperre im Knast

## Schluss mit lustig

Seit Amtsantritt des Justizsenators Kusch werden Anfragen für Gefangenen-Interviews vorbei am Gesetz kategorisch abgelehnt. Verhältnisse im Gefängnis sind nicht mehr unabhängig recherchierbar.

Die Kontaktsperre stellt eine erhebliche Einschränkung der Pressefreiheit dar. Sie wird mit fadenscheinigen Argumenten begründet: Mal sind es „organisatorische Hindernisse“ oder auch „Sicherheitsgründe“. In einem Fall wurde gar eine „Resozialisierungsgefährdung“ für einen Gefangenen ins Feld geführt, der unmittelbar nach Verbüßung seiner Strafe ohnehin abgeschoben werden sollte.

Statt individueller Kontakte für die gezielte Information oder für Reportagen sind heute nur noch von der Justizbehörde betreute und kontrollierte Gruppenbesuche für Journalisten in den Anstalten möglich. Was von öffentlichem Interesse ist bestimmt die Behörde.

## Rede und Gegenrede

dju-Hamburg an Justizsenator Kusch: „Das Verhalten Ihrer Behörde gegenüber Hamburger Journalisten erachten wir als einen einschneidenden Eingriff in die Pressefreiheit. Ihre Behörde hindert Journalisten an der Ausübung ihres Berufs und an der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgabe.“

Dr. Kai Nitschke, Pressesprecher des Justizsenators Kusch: „Um einen Eingriff in die Pressefreiheit handelt es sich bei dieser Praxis jedenfalls nicht. Ich würde mich freuen, wenn Sie künftig auf unsachliche Vorwürfe verzichten.“

## Ein Brief

**Uwe Homann**, Strafgefangener in Santa Fu: „So wie sich die Dinge hier im Strafvollzug gestalten, hat Herr Kusch allen Grund, nur unkritische Berichterstattung zuzulassen, damit er unbemerkt und unbehindert das Rad der Geschichte zurückdrehen kann. Inzwischen ist der Strafvollzug hier in Santa Fu auf ein erbärmliches Niveau herabgesunken, das selbst das alte Zuchthauskonzept noch als fortschrittlich erscheinen lässt.“



# Ungetrübte Weitsicht

## FDP will „Al-Dschasira“

FDP-Fraktionschef Burkhardt Müller-Sönksen als Visionär liberaler Medienpolitik. Seine Forderung: „Al-Dschasira ins Hamburger Kabelnetz!“, eingespielt in den 2002 noch blühenden Offenen Kanal. Eingespielt?

Vollzeitsender „Al-Dschasira“ hätte den OK glatt überspielt. Oder welche andere Frequenz sollte geräumt werden? Und welcher Hamburger Bürger versteht das Arabisch von „Al-Dschasira“?

HAM-Chef Lothar Jene erteilte Nachhilfeunterricht: „Man kann einen Sender nur dann im Hamburger Kabelnetz verbreiten, wenn die Initiative von dem Sender selbst ausgeht!“

## ... und „Pro 7“

Kaum hatte Medien-Mogul Haim Saban Anfang August 2003 die ProSiebenSAT.1 Media AG aufgekauft, preschte einmal mehr FDP-Mann Müller-Sönksen vor und wollte Pro 7 nach Hamburg holen. „Wir werden Saban ein konkretes, ernsthaftes Angebot unterbreiten“, tönte er im Münchner „Focus“. Schmachhaft gemacht werden sollte dem US-Milliardär der Umzug von der Isar an die Elbe mit dem „liberalsten Mediengesetz Deutschlands“.

„Komisch und weltfremd“, spottete lapidar Staatskanzlei-Chef Erwin Huber, CSU.

## HH 1 zu Springer

Im Januar 2004 gibt ausgerechnet der Springer-Verlag bekannt, den Fernsehsender Hamburg 1 vollständig übernehmen zu wollen. Sechs Prozent besitzt der Verlag schon, dazu das Vorkaufsrecht auf den Rest.

Wirtschafts- und Gute-Laune-Senator Gunnar Uldall ist entzückt: „Ich begrüße dieses Engagement sehr, da dies nicht nur eine weitere Stärkung des Medienstandorts Hamburg bedeutet. Besonders freue ich mich, dass sich mit dem Axel-Springer-Verlag ein mit Hamburg verbundenes Unternehmen gefunden hat.“ Dessen Vorstand kündigte zeitgleich die Verlegung zentraler Verlagsbereiche nach Berlin an ...

## ver.di warnt

In einer Stellungnahme warnt ver.di-Landesbezirksleiter **Wolfgang Rose** vor einem Meinungsmonopol des Springer-Verlages, „der mit seinen Zeitungen Bild, Welt und Hamburger Abendblatt den Tageszeitungsmarkt in der Hansestadt bereits dominiert. Damit tut man der Meinungsvielfalt in Hamburg keinen Gefallen.“

Ich möchte Mitglied werden ab: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr

**Persönliche Daten:**

Name \_\_\_\_\_

Titel/Vorname \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon (privat/dienstlich) \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Krankenkasse \_\_\_\_\_

Nationalität \_\_\_\_\_

Geschlecht:  weiblich  männlich

**Beschäftigungsdaten:**

- Arbeiter/in  Angestellte/r
- Beamtin/er  DO-Angestellte/r
- Selbstständige/r  Freie/r Mitarbeiter/in
- Vollzeit
- Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstd. \_\_\_\_\_
- Arbeitslos
- Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_
- Azubi/Volontär/Referendar bis \_\_\_\_\_
- Schüler/Student bis \_\_\_\_\_
- Praktikant bis \_\_\_\_\_
- Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_
- Sonstiges \_\_\_\_\_

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer \_\_\_\_\_

Branche \_\_\_\_\_ Ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr Monat/Jahr

**Fachbereich** (zutreffendes bitte ankreuzen)

- 1 Finanzdienstleistungen
- 2 Ver- und Entsorgung
- 3 Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirche
- 4 Sozialversicherung
- 5 Bildung, Wissenschaft und Forschung
- 6 Bund und Länder
- 7 Gemeinden
- 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion
- 9 Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung
- 10 Postdienste, Speditionen und Logistik
- 11 Verkehr
- 12 Handel
- 13 Besondere Dienstleistungen

**Einzugsermächtigung:**

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/ Lohnabzug

monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

einziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name des Kontoinhabers \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift des Kontoinhabers \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tarifl. Lohn- bzw. Gehaltsgruppe lt. Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr \_\_\_\_\_

Bruttoeinkommen Euro \_\_\_\_\_

**Monatsbeitrag** Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 (vollständiger § 14 siehe Rückseite) der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes.

Datum \_\_\_\_\_ **Unterschrift** \_\_\_\_\_

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung der gewerkschaftspolitischen Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

**Werber/in:**

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_

## Medienelite 1

Das Hamburger Abendblatt titelte im Mai 2003 forschend: „Medienelite trifft sich in Hamburg“. Anlass war ein „Hamburger Dialog“ zur Medienkrise.

„Viele Führungskräfte aus den Medien, Werbe- und PR-Agenturen sowie der werbetreibenden Firmen ... Zum Auftakt diskutieren unter anderem Vorstände der großen Hamburger Verlagshäuser über Strategien. Danach ist der Kongress übersichtlich nach den Bereichen Werbung, Publishing (Medien) und Corporate Communication (Kommunikationsstrategien) strukturiert.“

So sieht sie aus, die Medienelite der Hansestadt. Und natürlich mit dabei: die Handelskammer, die mehrere Veranstaltungen zum Thema Marketing im Mittelstand anbot.

# Standort

## Medienelite 2

Aus Sicht des Senats war die Bambi-Verleihung wohl das größte Medienereignis seiner Regentschaft. Die Hamburger Morgenpost vom 5.11.2003 schrieb:

„Hamburg fiebert dem glanzvollsten Event der Republik entgegen ... Keine Preisverleihung im üblichen Sinne – sondern eine Inszenierung der Extraklasse und logistische Meisterleistung. Eine ganze Zeltstadt lässt Verleger und Bambi-Stifter Hubert Burda vor dem Musicaltheater bauen, um 1.000 Gästen Platz zu bieten. ... Dann geht's erst richtig los: Champagnerempfang, Verleihung (live in der ARD), Gala-Diner (mit 50 Köchen), Big Party. Beim Gesamtumsatz des Spektakels inklusive der Benefizauktion „Tribute to Bambi“ in den Deichtorhallen am Vorabend ist von vier Millionen Euro die Rede.

## Medienelite 3

Der Hamburger Presseball, eines der Highlights der hanseatischen Medienszene. Laut Mopo, Bild und Abendblatt schmückten ihn 2004 folgende Mediengrößen mit ihrer Anwesenheit:

Ole von Beust (CDU), Dana Horáková (parteilos), Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD), Dr. Thomas Mirow (SPD), Henning Voscherau (SPD), Monika Griefhahn (SPD), Mathias Petersen (SPD), Michael Neumann (SPD), Christa Sager (Die Grünen), Christa Goetsch (GAL), Hannelore Greve (Unternehmerin), Jürgen Hartmann (Modedesigner), Olivia Jones (Kultränse), Prof. Dr. Helmut Greve (Mäzen), Karin Brahm (Gastronomin), Jürgen Roland (Regisseur), Joachim Knorr (Suppenkönig) ...

Ein paar Journalisten wurden auch erwähnt: Das ging von Heiner Bremer über Cherno Jabatey bis Maria von Welser.

## Auszug aus der ver.di-Satzung

### § 14 Höhe der Beiträge

1. Mitglieder im Beschäftigungsverhältnis zahlen jeweils ein Prozent ihres regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes bzw. ihrer regelmäßigen monatlichen Ausbildungsvergütung als Mitgliedsbeitrag pro Monat. Zum regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienst bzw. zur Ausbildungsvergütung werden Einmalzahlungen wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Jahresprämie sowie unregelmäßige Schicht- und Erschwerniszuschläge nicht gezahlt.
  2. Für Rentner/innen, Pensionäre/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens aus dem Gesamteinkommen, das einen Ursprung in einem Arbeits-, Dienst- oder Amtsverhältnis hat. Der Mindestbeitrag beträgt Euro 2,50 monatlich.
  3. Für die nachfolgenden Gruppen gilt jeweils folgende Beitragshöhe:
    - a) Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen zahlen jeweils einen Betrag von monatlich Euro 4,50.
    - b) Freie Mitarbeiter/innen, selbstständig, treiberberuflich oder als arbeitnehmerähnliche Personen tätige zahlen jeweils einen Beitrag in Höhe von einem Prozent ihrer Einkünfte aus Tätigkeiten im Organisationsbereich von ver.di. Berechnungsgrundlage ist der Monatsdurchschnitt der steuerpflichtigen Einkünfte oder 75 Prozent der monatlichen Bruttoeinnahmen. Ist auf dieser Grundlage eine Beitragsberechnung nicht möglich, wird ein Beitrag von mindestens Euro 15,- festgesetzt.
  - c) Mitglieder in abhängiger Beschäftigung mit stark schwankendem monatlichen Einkommen zahlen einen Beitrag in Höhe von einem Prozent ihres monatlichen Bruttoverdienstes. Bereitet der Nachweis ihres monatlichen Bruttoarbeitsentkommens Schwierigkeiten, so wird der Monatsdurchschnitt aus dem letzten Bruttojahreseinkommen, abzüglich von Einmalzahlungen im Sinne von Absatz 1 Satz 2, zugrunde gelegt.
  - d) Für Mitglieder im Versicherungsaußendienst gilt c) entsprechend.
4. Ein höherer freiwilliger Mitgliedsbeitrag kann geleistet werden.
  5. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Berechnungsgrundlage ihrer Beitragspflicht auf Verlangen nachzuweisen. Kommt ein Mitglied einem solchen Verlangen nicht nach, wird seine Beitragspflicht auf der Grundlage einer geschätzten Berechnungsgrundlage ermittelt.
  6. Die Mitgliedsbeiträge werden vom Bundesvorstand eingezogen und entsprechend der vom Gewerkschaftsrat erlassenen Ausgaberrichtlinie verteilt.
  7. Über die Veränderung der Mindestbeiträge und die Anpassung von Beiträgen gemäß Absatz 3 entscheidet der Gewerkschaftsrat.
  8. Die Einzelheiten der Beitragsbemessung und des Beitragsverfahrens werden in einer vom Gewerkschaftsrat zu erlassenden Richtlinie geregelt.

## Impressum

Herausgeber:  
Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju)  
in ver.di, Ortsverein Hamburg  
in Kooperation mit ver.di, LBZ Nord  
dju-HH, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg  
Tel. 0 40 / 28 58-515  
Redaktion: Fritz Gleiß (v.i.S.d.P.), Wulf Beleites  
(Konzept), Heike Struck, Andreas Conradi  
Fotos: Marcos Romao & Ortrun Guttker  
Layout & Druckvorstufe: Fritz Gleiß  
Druck: druckwelten, 22765 Hamburg

## Fotos

Alle Fotos stammen von der bundesweit Aufsehen erregenden Schülerdemo im März 2003 gegen den Irak-Krieg. Im Auftrag des überreifen Senats setzte die Polizei „zum Schutz des amerikanischen Konsulats“ Schlagstöcke und Wasserwerfer gegen Kinder ein. Zivilcourage wurde im Keim erstickt.